

Wann die Zivilgesellschaft stark ist

Vortrag: Ehrenamtlich Engagierte wünschen sich mehr Anerkennung

Bad Waldliesborn – „Wir schaffen das zusammen. Die Bedeutung einer starken Zivilgesellschaft in turbulenten Zeiten“ war der Vortrag überschrieben, den Professorin Andrea Walter auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) jetzt im Hubertushof in Bad Waldliesborn gehalten hat.

Walter, die aus Lippstadt stammt, 2003 ihr Abitur an der Marienschule absolvierte und anschließend in Münster Politikwissenschaft studierte, ist seit 2018 Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW in Dortmund.

Zivilgesellschaft, so hörten die Besucher ihre Vortrags, bedeutet gewaltfrei agieren,

Kompromisse akzeptieren, Meinungen achten und Vertrauen in die Mitmenschen aufbauen. Aus gegenseitigem Vertrauen entstehe die Basis für Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft. Eine funktionierende Zivilgesellschaft sei auch ein Sprachrohr für Anliegen und Kritiken (man denke an Demonstrationen zu Umweltthemen), sie könne mit sozialen Innovationen gesellschaftliche Probleme gezielter lösen als die staatliche Bürokratie (Beispiel sind die Grünen Damen in Krankenhäusern, Fördervereine an Schulen und Kitas, die Tafeln).

Walter stellte fest, dass Engagement im Ehrenamt nicht weniger wird, aber sich verändert. Es werde aber weniger Zeit für ein konstantes



Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik hatte Professorin Andrea Walter (2.v.l.) als Referentin eingeladen.

Engagement aufgewendet, informelles Engagement stehe in Vordergrund. Beispiel ist die Hilfe im Ahrtal, die für ein Wochenende gern geleistet wird. Das merken auch Vereine, denen häufig die Führungskräfte fehlten. Hier

seien hinsichtlich der Bürokratie einfachere Strukturen wünschenswert, damit zum Beispiel Sportvereine mehr Zeit für ihre eigentlichen Tätigkeiten hätten. Denn Engagement solle ja auch Spaß machen.

Ehrenamtlich Engagierte wünschten sich mehr Anerkennung in der Gesellschaft – womit nicht finanzielle Anerkennung gemeint ist, aber durchaus ein Aufwandsausgleich. Eine bessere Finanzierung der Infrastruktur sollte seitens der Politik angestrebt werden, so Walter. Als Ansatz nannte sie außerdem Projekte zur Demokratieförderung schon in der Schule.

Im Anschluss hatten die Zuhörer die Gelegenheit, der Referentin Fragen zu stellen. Eine lebhafte Diskussion entstand im gut gefüllten Saal. Die GSP zeigte sich erfreut, hier ein Thema angesprochen zu haben, das von großem Interesse war. Für das kommende plant die GSP weitere Vorträge, die rechtzeitig angekündigt werden.